

Protestwelle rollt

Demos und Warnstreiks bundesweit



Willi Russ bei der Demonstration am 21. April 2016 in Peine

Nachdem auch die zweite Runde der Tarifverhandlungen in der Einkommensrunde der Beschäftigten von Bund und Kommunen am 12. April 2016 in Potsdam mit einem völlig indiskutablen Dumping-Angebot seitens der Arbeitgeber vertan worden ist, sind bundesweit die Beschäftigten auf die Straße gegangen. In vielen Warnstreiks und Demonstrationen zeigten sie den Arbeitgebern, dass sie nichts von deren so genanntem Angebot halten. Die Proteste werden in der nächsten Woche vor der dritten Verhandlungsrunde weiter fortgesetzt.

Stuttgart

Am 20. April 2016 gingen in Stuttgart 1.100 Bundes- und Kommunalbeschäftigte auf die Straße. Die Kundgebungs-Teilnehmer machten mit einem Protestmarsch durch die Innenstadt auf Transparenten und in Sprechchören deutlich, dass sie endlich Verhandlungsergebnisse statt Hinhaltetaktiken erwarten. „Es reicht uns, dass die Arbeitgeber in der zwei-



Berlin, 20. April 2016



Berlin, 20. April 2016



Berlin, 20. April 2016



Berlin, 20. April 2016

dbb aktuell

dbb
beamtenbund
und tarifunion

Herausgeber:
dbb beamtenbund
und tarifunion
Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Verantwortlich:
Willi Russ
Fachvorstand Tarifpolitik

Fotos:
Dirk Guldner, Dirk
Heckmann, Friedhelm
Windmüller, dbb, tbb



ten Runde versucht haben, mit einem abgenagten Knochen zu winken. Fleisch habe ich jedenfalls keines daran entdecken können, und das machen wir nicht mit“, rief der stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission, Siegfried Damm, den Demonstranten zu. „Wir werden uns die zustehende Wertschätzung für unsere Arbeit erkämpfen, wenn die Arbeitgeber nicht einlenken.“ Die Vorsitzende der BBW-Tarifkommission, Dorothea Faisst-Steigleder, wies darauf hin, dass gerade in Baden-Württemberg die Wirtschaft boomt und die Staatskassen prall gefüllt sind: „Die Haltung der Arbeitgeber ist beschämend und nicht diskutierbar. Wir lassen uns nicht wie Zitronen auspressen. Wolfgang Kailer, Bezirksvorsitzender des BDZ Baden, bewerte das Arbeitgeberangebot als „unmoralisch“ und wies darauf hin, dass Lohnerhöhungen sich auf die Stabilisierung der Wirtschaft auswirken und Mehreinnahmen in die öffentlichen Kassen spülen.

Berlin

Ebenfalls am 20. April 2016 haben die öffentlich Bediensteten des Bundes ihren Frust über das so genannte Angebot der Arbeitgeber beim letzten Verhandlungstermin in das Herz der Hauptstadt getragen. Etwa 800 Beschäftigte, darunter viele Bundesbeamte, marschierten durch Berlin-Mitte zum Finanzministerium. „Beamte dürfen zwar nicht streiken, aber ihre Stimme erheben dürfen sie sehr wohl. Nicht nur, um uns mit den angestellten Kolleginnen und Kollegen solidarisch zu zeigen, sondern auch, um bereits jetzt klar zu machen: Die wirkungsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf die Bundesbeamten ist nicht verhandelbar“, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik, Hans-Ulrich Benra, bei der Auftaktkundgebung. Der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, Willi Russ, hatte bereits am Ende der letzten Verhandlungsrunde am 12. April 2016 die Arbeitgeberseite scharf für ihr „Scheingebot“ kritisiert. Bei der Abschlusskundgebung vor dem Bundesfinanzministerium bekräftigte er: „Anfang des Jahres haben die Arbeitgeber, namentlich Bundesinnenminister Thomas de Maizière, noch gesagt, sie wollen auf die üblichen Rituale verzichten, um dann die Beschäftigten mit ihrem ‚Angebot‘ vor den Kopf zu stoßen. Wir wollten diese Eskalation nicht. Aber es ist klar: Wer Streit will, der kann ihn haben.“



Peine

In Peine haben am 21. April 2016 etwa 1.000 Beschäftigte aus verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes gegen das unzureichende Tarifangebot der Arbeitgeber scharf protestiert. dbb Verhandlungsführer, Willi Russ, gab der Verärgerung über die Strategie der Arbeitgeber Ausdruck: „Das vorgelegte ‚Angebot‘ ist eine Unverschämtheit. Den Arbeitgebern fehlt jeder Wille zum Durchbruch!“ Der Warnstreik in Peine zeige, dass „die Kolleginnen und Kollegen zu Recht Respekt und Wertschätzung für ihre Arbeit erwarten. In den Betrieben und Ämtern vor Ort werden wir den Druck in den





nächsten Tagen noch deutlich erhöhen, damit wir in der dritten Runde Ende April doch noch den Durchbruch schaffen!“ Friedhelm Schäfer, Vorsitzender des NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, kritisierte die starre Haltung der Arbeitgeber: „Statt den ewigen Hinweis auf knappe Kassen brauchen die Beschäftigten Zukunftsperspektiven.“ Daher stünden auch die Beamtinnen und Beamten hinter den Einkommensforderungen: „Ein Tarifabschluss 2016 setzt den Maßstab für die anstehenden Erhöhungen von Landesbesoldung und -versorgung 2017 und 2018“, sagte Schäfer und forderte einen für alle Beschäftigten vertretbaren Tarifkompromiss.



Saarbrücken

Um ihre Forderungen vor der dritten Runde zu untermauern, sind am 21. April 2016 in Saarbrücken 7.000 Bundes- und Kommunalbeschäftigte auf die Straße gegangen. Die Teilnehmer machten mit einem Protestmarsch durch die Innenstadt auf Transparenten und in Sprechchören ihren Unmut deutlich und forderten lautstark Wertschätzung für ihre Arbeit. „Was die Arbeitgeber uns zum Ende der zweiten Verhandlungsrunde auf den Tisch geknallt haben, ohne es ausführlich zu erläutern, hat die Atmosphäre gründlich vergiftet! Denn das, was die Maizière ein ‚fares Angebot‘ nennt und was die VKA in ihrer Pressemeldung mit 3 Prozent mehr‘ titelt, ist schlichtweg eine Moglepackung“, stellte der stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission, Karl-Heinz Leverkus, auf der Abschlusskundgebung klar. „Was ist so schwer daran, endlich die unbefristete Übernahme für Auszubildende im öffentlichen Dienst zu tarifieren? Eigentlich müsste die Initiative dazu sogar von den Arbeitgebern ausgehen!“ Die Privatwirtschaft umwerbe die jungen Menschen mit deutlich besseren Angeboten. „Aktuell verhandeln wir mit den Kommunen auch über eine neue, zeitgemäße Entgeltordnung. Es ist unser Ziel, die Verhandlungen auch zu diesem Thema im Rahmen der Einkommensrunde zu einem guten Ende zu bringen“, stellte Leverkus unter dem Beifall der Kommunalbeschäftigten klar. Ewald Linn, Landesvorsitzender des dbb saar, warnte die Arbeitgeber vor der Fortsetzung der Hinhaltetaktik. „Angesichts der Rekordwerte bei den Steuereinnahmen wollen wir an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben und nicht mit Almosen abgespeist werden. Wir fordern Wertschätzung und faire Bezahlung und verlässliche Beschäftigungszusagen! Die Mehrkosten der Flüchtlingskrise dürfen nicht zu Lasten derer gehen, die die Flüchtlingskrise bewältigen“, sagte Linn.





Erfurt

Am 22. April 2016 haben rund 350 Beschäftigte ihrem Frust gegenüber den Arbeitgebern vor dem Erfurter Rathaus Luft gemacht. „Wer den öffentlichen Dienst fit für die Herausforderungen der Zukunft machen will, muss seinen Beschäftigten auch Perspektiven bieten“, rief tbb Chef Helmut Liebermann den Demonstranten zu. „Das bedeutet nicht nur arbeitsmarktgerechte Einkommen, sondern auch nachhaltige Nachwuchsgewinnung. Das angebliche Drei-Prozent-Angebot ist weder fair, noch sind es unter dem Strich überhaupt drei Prozent – und deshalb stehen wir heute hier! Wir wollen keine Augenwischerei, wir wollen ein echtes Angebot, das unseren Leistungen entspricht und das uns Teilhabe am allgemeinen Wirtschaftswachstum sichert.“ In der dritten Verhandlungsrunde hätten Bundesinnenminister Thomas de Maizière und VKA-Präsident Thomas Böhle Gelegenheit zu zeigen, dass sie wissen, was sie an ihrem öffentlichen Dienst haben.




Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,2 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Nur Nähe mit einer persönlichen und überzeugenden Ansprache jedes Mitglieds schafft auch das nötige Vertrauen in die Durchsetzungskraft einer Solidargemeinschaft.

Der dbb beamtenbund und tarifunion weiß um die Besonderheiten im öffentlichen Dienst und seiner privatisierten Bereiche. Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke des dbb. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dbb.de, über die Flugblätter **dbb aktuell** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**.

Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Bestellung weiterer Informationen

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

Dienststelle/Betrieb

Beruf

Beschäftigt als:

| | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Tarifbeschäftigte/r | <input type="checkbox"/> Azubi, Schüler/in |
| <input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin | <input type="checkbox"/> Anwärter/in |
| <input type="checkbox"/> Rentner/in | <input type="checkbox"/> Versorgungsempfänger/in |

Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten.

Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten.

Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft.

Ich bin mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung meiner Daten, die zur Erfüllung der Aufgaben und Zwecke des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften notwendig sind, einverstanden.

Datum / Unterschrift

Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gern die passende Gewerkschaftsadresse.
dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030.4081-5400, Fax: 030.4081-4399, E-Mail: tarif@dbb.de, Internet: www.dbb.de